

Anfrage Scherer Heidi und Mit. über die Aufarbeitung der aktuellen Probleme beim Sozialversicherungszentrum WAS Wirtschaft Arbeit Soziales

eröffnet am 23. März 2026

Bereits mit der Motion M 316 hat die FDP-Fraktion Anfang Dezember 2024 frühzeitig die Notwendigkeit einer objektiven Wirkungsüberprüfung des WAS gefordert. Die nun öffentlich gewordenen Vorwürfe bestätigen leider die damals geäusserten Bedenken hinsichtlich der Governance-Strukturen. Da die Warnsignale der FDP seitens der Regierung nicht genutzt wurden, stellen sich nun Fragen, wie die aktuelle Situation ohne erneuten Schaden für das Vertrauen in die kantonalen Institutionen bereinigt werden soll.

1. Warum wurde der Appell der FDP-Kantonsrätin Heidi Scherer zur Erarbeitung eines Wirkungsberichtes (M 316) von der Regierung trotz der sich abzeichnenden Governance-Probleme beim WAS zur Ablehnung empfohlen und bloss als Postulat für eine Evaluation zuhanden des Kantonsrates beantragt?
2. Welche internen Erkenntnisse lagen der Regierung zum Zeitpunkt der Beratung der Motion M316 im Dezember 2025 vor, die eine Ablehnung der Erarbeitung eines Wirkungsberichtes rechtfertigten, während heute das Ausmass der Unregelmässigkeiten offensichtlich ist?
3. Inwieweit sieht die Regierung heute die Notwendigkeit ein, dass frühzeitige parlamentarische Kontrollinstrumente, wie sie von der FDP-Fraktion gefordert wurden, ein essenzieller Bestandteil einer verantwortungsbewussten Staatsführung, im speziellen für ausgelagerte Einheiten, sind?
4. Wie konnte es trotz der laufenden Diskussionen um die Effizienz des WAS dazu kommen, dass ein einzelner Verwaltungsrat, im vorliegenden Fall der Verwaltungsratspräsident, operativ tätig werden und Aufträge an sich selbst vergeben konnte, ohne dass der Gesamtverwaltungsrat oder das Gesundheits- und Sozialdepartement intervenierten?
5. Welche spezifischen Kontrollmechanismen für ausgelagerte Einheiten haben in diesem Fall versagt, und gedenkt der Regierungsrat, die Richtlinien für die Public Corporate Governance umgehend zu verschärfen, um personelle Verflechtungen zwischen ehemaligen Regierungsräten/Regierungsrätinnen und ihren ehemaligen Departementen zu unterbinden?
6. Wann wurde die Regierung erstmals über die Unregelmässigkeiten informiert, und warum wurde nicht früher gehandelt, um Schaden vom Kanton abzuwenden?
7. Welchen Umfang hatten die mutmasslich unrechtmässig vergebenen Aufträge und die strittigen Spesen, und welche konkreten Schritte werden eingeleitet, um diese Gelder vom ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten zurückzufordern?
8. Welchen Auftrag hat die externe Untersuchungsstelle genau erhalten, und wird der Untersuchungsbericht – unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes – in seiner Gesamtheit dem Kantonsrat vorgelegt?

9. Wie stellt das WAS sicher, dass laufende Projekte nicht durch die aktuelle «Schlammschlacht» und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen beeinträchtigt werden?
10. Ist die Regierung der Ansicht, dass das derzeitige Modell der rechtlichen Unabhängigkeit des WAS eine effektive politische Führung überhaupt zulässt, oder bedarf es einer grundlegenden strukturellen Anpassung des Gesetzes über das Sozialversicherungszentrum (SoVZG)? Im Speziellen ist zu beurteilen, ob das WAS wirklich als Minderheitsbeteiligter des Kantons im Rahmen der Beteiligungsstrategie eingestuft bleiben soll.
11. Welche Sofortmassnahmen trifft die Regierung, um das ramponierte Vertrauen der Bevölkerung in das Sozialversicherungszentrum WAS und die staatliche Aufsicht wiederherzustellen?
12. Hat der sofortige Rücktritt des Verwaltungsratspräsidenten des WAS Konsequenzen für den Verbleib von Guido Graf als Verwaltungsratspräsident der WAS Immobilien AG?

Scherer Heidi

Boos-Braun Sibylle, Amrein Ruedi, Tanner Beat, Erni Roger, Dubach Georg, Räber Franz, Bucher Philipp, Wicki-Huonder Claudia, Hauser Michael, Marti André, Koller-Felder Nadine, Meier Thomas, Forster Eva, Beck Ronny, Bärtschi Andreas, Senn-Marty Claudia, Engler Pia, Budmiger Marcel